

## Werden in Indien demnächst wieder mehr Mädchen geboren?

von Walter Keller

Die indische Zentralregierung hat ein Verbot für medizinische Untersuchungen erlassen die darauf abzielen, das Geschlecht des Embryos vorzubestimmen. Auf dem Subkontinent ist es weitverbreitete Praxis, weibliche Föten abzutreiben.



(Foto: Walter Keller)

"Ein Mädchen groß zu ziehen ist etwa so, als würde man die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn gießen", heißt ein Sprichwort im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh. Es bringt die Stellung eines Mädchens in Familie und Gesellschaft auf den Punkt: Es ist nicht viel wert. Es sind Söhne, die zählen. Sie sind es, die erben, und nur sie garantieren den Fortbestand der Familie. Es sind die Söhne, die bei der Bestattungszeremonie den Geist der Toten aus der sterblichen Hülle befreien, um ihm die Chance auf ein neues Leben zu geben. Frauen dienen lediglich als eine Art Vehikel, den Fortbestand der männlichen Erbfolge zu sichern. Der niedrige Status der Frau wird auch religiös begründet. Mythen und Legenden, die großen indischen Volksepen, sie alle stärken das Bild der

Frau, deren Erlösung und Heil im stillen Leiden und Hinnehmen liegt.

In einer Gesellschaft, in der Mädchen aufgrund der zwar gesetzlich verbotenen, aber nach wie vor praktizierten, Mitgiftforderungen oftmals als Kostenfaktor angesehen werden, geben Eltern nur ungern Geld für eine Tochter aus, weil sie als eine Art "vorübergehende Besucherin" betrachtet wird. Irgendwann einmal verläßt das Mädchen ihr Elternhaus und zieht in die Familie ihres zukünftigen Ehemannes, während ein Sohn später für die Eltern sorgen kann. So ist die Bevorzugung des männlichen Geschlechts oft auch ein Grund für die anhaltend hohen Geburtenraten - oftmals stellt sich der Sohn erst nach dem dritten oder vierten Kind ein.

Der "run" auf Söhne hat in Indien in

den letzten Jahren immer fragwürdigere Formen angenommen. SDT, 'sex determination test', heißt die Zauberformel für solche Eltern, die bereits vor der Geburt durch Fruchtwasser- oder Ultraschalluntersuchungen das Geschlecht des Embryos wissen wollen. Ist es ein Mädchen, wird der Fötus oft abgetrieben. "Lieber ein paar Tausend Rupien für Test und Abtreibung ausgeben, als später Zehntausende für die Verheiratung der Tochter hinblättern müssen", sagen sich viele Paare. War eine Fruchtwasseruntersuchung bis vor kurzem noch 'Privileg' der Mittelklasse, so wird die Chance zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung mittlerweile auch von den unteren gesellschaftlichen Schichten praktiziert. Wenn kein Geld aufgetrieben werden kann, bleibt für viele nur noch

die Tötung eines weiblichen Säuglings nach der Geburt, infantizid genannt. Diese Praktik hält sich bis heute vor allem in den Bundesstaaten Tamil Nadu, Uttar Pradesh, Bihar, Rajasthan, im Punjab oder in Kashmir. Getrieben von panischer Angst vor den immer höher werdenden Mitgiftforderungen bei der Verheiratung einer Tochter und vom uralten, längst verinnerlichten Glauben daran, daß weibliche Wesen Unglück bringen und nichts wert sind, töten Eltern ihre Töchter kurz nach der Geburt. Sie töten, um den Rest der Familie, besonders aber die Söhne, vor weiterer Verelendung zu schützen. Sie töten auch, um den Mädchen ein Leben in Schimpf und Schande inmitten einer Gesellschaft zu ersparen, in der sie die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind und häufig unterdrückt, ausgebeutet und sexuell mißhandelt werden.

Die staatliche Familienplanungspolitik der letzten Jahrzehnte hat die Probleme nicht gerade gelöst und zum Schutz von Mädchen beigetragen. Der Slogan: "Zwei Kinder sind genug", der suggerieren soll, daß kleine Familien automatisch auch Glück und Wohlstand bringen, geht gerade an denen vorbei, die die meisten Kinder bekommen: An den Ärmsten der Armen, für die Geburtenkontrolle nur dann akzeptabel ist, wenn sich dadurch auch ihre Einkommens-, Ernährungs- und Gesundheitslage

im ganzen verbessert. Gerade sie sind es, die Kinder brauchen, weil diese bereits sehr früh mitarbeiten und dadurch zum Familieneinkommen beitragen können. Und wenn schon nur zwei Kinder, dann doch bitte Söhne. Und falls dann doch ein Mädchen auf die Welt kommt, beginnt die Zeit ihrer Diskriminierung schon bald. Gegenüber ihren Brüdern sind sie von Anfang an stark benachteiligt: Ein Junge wird meist länger gestillt, er erhält gesündere Nahrung und bessere Zuwendung im Krankheitsfall. Von den etwa 12 Millionen Mädchen, die jährlich in Indien geboren werden, erleben über 10 Prozent nicht einmal ihren ersten Geburtstag und weitere 850.000 sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr vollendet haben. Die Kindersterblichkeitsrate bis zum vierten Lebensjahr liegt bei Mädchen um etwa 5 Prozent höher als bei ihren männlichen Altersgenossen. Auch die Schulbildung ist meist schlechter als die für Jungen. Für viele Mädchen ist darüberhinaus der Schulbesuch nicht oder nur eingeschränkt möglich, da sie durch Haus- und Feldarbeit, sowie durch Arbeit außer Haus stärker beansprucht sind. Viele müssen auch einfach den ganzen Tag auf ihre jüngeren Geschwister aufpassen.

Kritiker meinen, im großen und ganzen werde mit dem neuen Gesetz nur an den Symptomen herumgedoktort. Schon vor der Entscheidung der Zentralregie-

rung gab es ähnliche Verbote bereits in einigen Bundesstaaten wie Maharashtra, wo ein ähnliches Gesetz seit 1988 gilt, im Punjab, Gujarat und Haryana, die den Test zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung und eine anschließende Abtreibung unter Strafe stellten. Das indische Nachrichtenmagazin 'Sunday' meint, die Erfahrung aus diesen Bundesstaaten habe gezeigt, daß nach wie vor abgetrieben werde. In einer Gesellschaft, wo alle moralischen Grundwerte verloren gingen, wenn es um einen Sohn gehe, werde sich auch per Gesetz nur wenig machen lassen, wenn es um den Schutz des weiblichen Geschlechts gehe. Das ganze werde gegebenenfalls in den Untergrund abgedrängt. In Indiens sehr ausgeprägter patriarchalischer Gesellschaft werde sich ohne eine Veränderung der tief verwurzelten sozialen und kulturellen Normen wenig ändern.

Als ein Resultat solcher Praktiken bleibt festzuhalten: Indien ist eines der wenigen Länder, in denen mehr Männer als Frauen leben. Nach der letzten Volkszählung kommen auf 1.000 Männer im Landesdurchschnitt nur 929 Frauen. In einigen Bundesstaaten fällt dieses Verhältnis noch schlechter aus. Am drastischsten sieht es bei der Kastengruppe der Bhatias im Bundesstaat Rajasthan aus: Dort kommen auf 1.000 Männer nur 550 Frauen.

## Verbesserung der Situation indischer Frauen

Die kürzlich von der Regierung Maharashtras angekündigte "Politik für Frauen" zielt darauf ab, die Lebenssituation der Frauen durch weitreichende Gesetzesinitiativen nachhaltig zu verbessern. Trotz einiger Defizite besitzt das Regierungsprogramm genügend Substanz, der Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft ein Ende zu setzen. Sogar innerhalb der Frauenbewegung wurde die Regierungsinitiative - abgesehen von einigen Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen - positiv bewertet, da erstmals offiziell anerkannt wurde, daß in Indien überhaupt eine Diskriminierung von Frauen existiert. In dem vierzigseitigen Regierungsprogramm wird besonderes Gewicht auf die Verbesserung der ökonomischen Situation von Frauen gelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Frauen sehr viel stärker als bisher in die ökonomische Infrastruktur involviert werden. Vorgesehen ist eine Abänderung des 'Hindu Marriage Act', um die Frauen insbeson-

dere in Eigentumsfragen ihren Ehemännern gleichzustellen, so daß Frauen im Scheidungsfall nicht auf Unterhaltszahlungen, die sowieso schwer durchzusetzen sind, angewiesen sind.

In dem Regierungspapier wird darüber hinaus auf die verschiedenen Problembereiche eingegangen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind, wie beispielsweise Gewalt gegen Frauen, Diskriminierungen im juristischen, ökonomischen und sozialen Bereich oder die Präsentation eines negativen Frauenbildes in den Medien. Um diesen Problemen zu begegnen, soll durch Alphabetisierungs- bzw. Ausbildungsprogramme, verbesserte Gesundheitsversorgung und bewußtseinsbildende Maßnahmen versucht werden, die Lebenssituation von Frauen zu verbessern.

Gerade die Durchsetzung der ökonomischen Gleichberechtigung stößt jedoch auf erheblichen Widerstand. Die in Indien angewandten sogenannten 'personal laws', die den verschiedenen Religions-

gemeinschaften in zivilrechtlichen Belangen eine eigenständige Rechtsprechung zubilligen, stehen einer Frauenpolitik im Weg, die für Frauen aller sozialen Gruppen und Religionsgemeinschaften gleichermaßen gelten soll. Beispielsweise hat das in der Muslim-Gemeinschaft praktizierte Scheidungsrecht für Frauen gerade im ökonomischen Bereich häufig sehr negative Konsequenzen. Aber gerade in diesem Bereich könnte die gesetzliche Gleichstellung von Eheleuten in Eigentumsangelegenheiten die heute oft aussichtslose Lage geschiedener Muslimfrauen nachhaltig verbessern, da die Frauen dann nicht mehr auf Unterhaltszahlungen ihrer Ehemänner angewiesen wären.

### Unterhalt

Die Regierung Maharashtras beabsichtigt im Rahmen ihrer Frauenpolitik auch den Artikel 125 des Strafgesetzbuches zu modifizieren. Angestrebt wird